

Hannover, den 22.03.2019

Schluss mit „Geheimsache Baumfällung“!

Angesichts der jüngsten Ereignisse an der Sophienschule im Zooviertel fordert der BUND die volle Transparenz bei anstehenden Baumfällungen. Ohne die Anwohner direkt zu informieren, wurde dort fast der gesamte Baumbestand radikal entfernt. „So geht es nicht!“ kritisiert Gerd Wach, Vorsitzender des BUND Region Hannover, die Vorgehensweise der Stadt. „Jeder muss sich rechtzeitig informieren können und im Idealfall Bescheid wissen, wenn eine städtische Planung Baumfällungen im näheren Umfeld vorsieht.“ Gleiches gelte für den Rat der Landeshauptstadt: Auch ihm müssen konkrete Informationen vorgelegt werden, aus denen klar hervorgeht, welche Folgen seine Beschlüsse für Baumbestände haben, so der BUND.

Hannover, 21.03.2019. Über 80 Bäume und zahlreiche Großsträucher wurden im Vorfeld der geplanten Erweiterung der Sophienschule in den letzten Tagen des Februars ohne Vorwarnung gefällt oder niedergemacht. Ein Schock für viele Anwohner*innen, die hilflos zusehen mussten, wie ihre vertraute Umgebung sich plötzlich radikal veränderte. Dabei hatte die Stadt noch am 29. Januar zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, bei der es aber ausschließlich um die Lärm- und Verkehrsbelastungen durch den geplanten Neubau der Sophienschule ging. Dass dadurch aber auch fast alle Bäume auf dem Schulgelände zur Disposition standen, wurde an dem Abend nicht thematisiert.

Als der BUND später von Anwohnerinnen erfuhr, dass viele Bäume mit einer Markierung versehen waren, ergab ein Anruf bei der zuständigen Stadtverwaltung, dass wohl geplant sei, diese im Rahmen von Baumaßnahmen zu entnehmen. Eine Fällgenehmigung entsprechend der Baumschutzsatzung sei aber noch nicht erteilt, so die zunächst beruhigende Auskunft vom Team Baumschutz der Landeshauptstadt. Daher bestand auch für den BUND noch Hoffnung, dass Bäume wie etwa die imposante und beliebte „Kaukasische Flügelnuß“ auf dem Schulhof mindestens für diesen Sommer noch erhalten werden können, um in Ruhe zu prüfen, welche Fällungen wirklich unvermeidlich sind.

Am 22. Februar erfuhr der BUND dann, dass die Genehmigung wegen der Dringlichkeit eines baldigen Baubeginns doch erteilt worden war – obwohl der Rat der Planung noch nicht endgültig zugestimmt hatte. Es lag lediglich ein Aufstellungsbeschluss vom Oktober 2018 vor (im Zuge des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplans 1251) mit dem allgemeinen Ziel, hier Schul- und Sportgebäude zu errichten und die Öffentlichkeit frühzeitig darüber zu unterrichten. Was und wo konkret gebaut soll und vor allem, welche Bäume gefällt werden sollen, ist

in dieser Beschlussdrucksache nicht dargestellt. Im Gegenteil enthält die Drucksache die beruhigende Formulierung, wonach auf den stark durchgrünten Grundstücken mit prägendem Baumbestand die Baumschutzsatzung beachtet werde. Weiter heißt es hier, dass „so weit möglich auf den heutigen Baumbestand Rücksicht genommen und der Versiegelungsgrad möglichst gering gehalten wird“. Wer darauf vertraute, dass dies nicht nur leere Worte sind, musste sich leider am Montag, den 25. Februar, eines Besseren belehren lassen.

Mit diesem Vorgehen hat sich die Stadt einen Bärenienst erwiesen. Das Vertrauen in ihre Informationsveranstaltungen ist nachhaltig gestört, ist der BUND-Vorsitzende Wach überzeugt. Der BUND fordert deshalb, dass bei Baumfällungen, auf die viele Menschen sehr emotional und engagiert reagieren, volle Transparenz hergestellt werden muss. Wie kann das gehen? Wach schlägt folgende Maßnahmen vor:

Die Stadt soll auf ihrer Homepage über anstehende Baumfällungen informieren. Hier müssen nicht nur Ort und Zeit genannt werden, sondern auch der Grund für die geplanten Fällungen sowie genaue Angaben darüber, welche Bäume betroffen sind, welche naturschutzfachlichen Gutachten zum Beispiel im Hinblick auf Höhlenbäume in Auftrag gegeben worden sind und wo man diese einsehen kann.

Weiter soll in den Drucksachen, die der Rat beschließt, deutlich gemacht werden, welche Baumfällungen der Ratsbeschluss ganz konkret nach sich zieht. Ohne diese Entscheidungsgrundlage sollen Baumfällungen nach Auffassung des BUND nicht mehr zugelassen werden dürfen. Vor allem bei Bebauungsplänen ist eine solche Transparenz – die eigentlich selbstverständlich sein sollte – leider nach wie vor die Ausnahme. Schon seit 2014 fordert der BUND deshalb, dass in Text und Karte dargestellt werden muss, welche Bäume aufgrund der Planung beseitigt werden sollen. Nur so können vom Rat und von der Öffentlichkeit geprüft werden, ob die Vernichtung von Bäumen und Sträuchern wirklich in dem geplanten Maße nötig und sinnvoll ist.

Ist eine solche Transparenz erst einmal hergestellt, werden Anwohner*innen den Verlust „ihrer“ Bäume vielleicht eher akzeptieren können als unter den derzeitigen Bedingungen. Und nur so kann das verloren gegangene Vertrauen in das Handeln der Stadt und ihrer Vertreter*innen, wenn es um das heikle Thema Baumfällung geht, wiederhergestellt werden.

Rückfragen:

Sabine Littkemann (Geschäftsführerin BUND Region Hannover)

Büro: 0511-660093, mobil 0160-6831389

René Hertwig (Naturschutzreferent BUND Region Hannover)

Tel.: Büro: 0511-660093, mobil 0151-42554788